

Erstausg.
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend,
Abonnementpreis pro Quartal:
durch die Post bezogen 1 Mk. 25 Pf. excl. Bestellgebühren,
frei ins Haus 1 Mk. 50 Pf.
Abonnements werden von sämtlichen Post-Anstalten,
Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen.

Zeltower

Inserate
werden in der Expedition:
Berlin W., Lützow-Strasse 87,
sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus und den
Agenturen im Kreise angenommen.
Preis
der einfachen Petitzeile ober deren Raum 20 Pf.

Kreis-



Blatt.

Expedition: Berlin W., Lützow-Strasse 87.

Fernsprech-Anschluß: Amt VI, Nr. 671.

Nr. 120.

Berlin, Sonnabend, den 7. Oktober 1893.

37. Jahrg.

Redaktion und Expedition befinden sich jetzt: Berlin W., Lützowstraße 87, 4. Haus von der Potsdamerstraße, gegenüber dem Elisabeth-Krankenhaus.

Abonnements auf das „Zeltower Kreisblatt“

zum Preise von 1 Mk. 25 Pf. (eigl. Bringerlohn) werden noch fortwährend von den Kaiserlichen Postanstalten, den Landbriefträgern und unseren Expeditoren entgegengenommen.

Die bereits erschienenen Nummern werden gratis nachgeliefert.

Weiter bringt das „Zeltower Kreisblatt“ unter Aus der Reichshauptstadt und verschiedenen das Beachtenswerthe aller Tagesereignisse. In der Rubrik Gerichtsverhandlungen finden die täglichen diesbezüglichen Mittheilungen Aufnahme.

Der Handelsbeilieg des „Zeltower Kreisblatt“ bietet neben dem Coursbericht die Marktberichte der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie des Central-Viehmarktes in Berlin.

Das besonders sorgsam gepflegte Feuilleton des „Zeltower Kreisblatt“ enthält stets beste Originalromane von außerordentlicher Spannung. Als Extra-Gratisbeilage des „Zeltower Kreisblatt“ erscheint in jeder Sonnabend-Nummer die „Sonntags-Ruhe“.

Das „Zeltower Kreisblatt“ enthält ferner die ausführlichen Ziehungslisten der preussischen Lotterie, sowie das Repertoire der Berliner Theater.

In dem Anzeigenteil finden Inserate durch die große Verbreitung des „Zeltower Kreisblatt“ im Kreise und darüber hinaus die allergrößte Aufmerksamkeit.

Das „Zeltower Kreisblatt“ (amtliches Organ für den Zeltower Kreis) erfreut sich einer großen Beliebtheit in einem weitverbreiteten Leserkreise.

Allezeit treu für Kaiser und Reich erstrebt das „Zeltower Kreisblatt“, sich streng an die Thatfachen haltend, seinen Lesern auf allen Gebieten das Neueste und Wissenswerthe bieten zu können.

Im Rahmen der Politik erörtert in kurzer und sachgemäßer Weise das „Zeltower Kreisblatt“ alle europäischen Fragen und politischen Ereignisse unter spezieller Verwerthung von telegraphischen Nachrichten.

Parlamentsberichte des „Zeltower Kreisblatt“ unterrichten den Leser von dem Gang der Verhandlungen in den Volksvertretungen.

In den Nachrichten aus dem Kreise und der Provinz bringt das „Zeltower Kreisblatt“, unterstützt von vielen Korrespondenten in den einzelnen Ortlichkeiten, alle sich ereignenden Begebenheiten im Kreise.

Die Expedition.

Amtliches.

Berlin, den 3. Oktober 1893.

Diejenigen Magistrats-, Gemeinde- und Guts-Vorstände, welche mit der Erledigung meiner Kreisblatt-Belanntmachung vom 8. Juni cr. — Kreisblatt Nr. 73 — betreffend die Ermittlung der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung nach im Rückstande sind, ersuche ich, mir nunmehr umkehrend die ausgefüllten Fragebogen einzureichen.

Der Landrath. Stubenrauch.

J. S.: Frhr. von Dörnberg,
Regierungs-Referendar.

Berlin, den 3. Oktober 1893.

Diejenigen Gemeinde- und Guts-Vorstände, welche meiner Verfügung vom 5. Juli d. Js. — Kreisblatt Nr. 82 — betreffend die Hausbetriebe noch nicht nachgekommen sind, ersuche ich, dies binnen 14 Tagen zu thun.

Der Landrath. Stubenrauch.

Berlin, den 3. Oktober 1893.

Der Kreis-Ausschuß hat gemäß § 2 der Polizei-Verordnung vom 26. Mai 1891, betreffend die Führung der Zuchthäuser zu Schanams-Mitgliedern ernannt:

im II. Schanams-Bezirk
den Landwirth Göhler in Marienau zum Vorsitzenden an Stelle des Rittergutsbesizers Beußel zu Hausz-Bossen;
den Gutsbesizer Prohn in Werben zum stellvertretenden Vorsitzenden;
den Bauerntugtsbesizer Böhlow in Glienicke bei Boffen zum stellvertretenden Mitgliede;

im V. Schanams-Bezirk
den Landwirth Barluschke in Mittenwalde zum Vorsitzenden an Stelle des Gutsbesizers Lehner in Miersdorf;
den Gemeinde-Vorsteher Rehdorf in Gallun zum stellvertretenden Vorsitzenden;
den Bauerntugtsbesizer Schulze in Deutsch-Wasserhausen zum Mitgliede;

den Gutsbesizer Kresfeldt in Dt.-Wusterhausen und den Bauerntugtsbesizer Kühle I dafelbst zu stellvertretenden Mitgliedern.

Der Landrath. Stubenrauch.

Berlin, den 4. Oktober 1893.

Bei einer Kuh des Weichenfellers Karl Schüge zu Boffen ist die Maulseuche ausgebrochen.

Der Landrath. Stubenrauch.

Personal-Chronik.

Der frühere Arbeiter Albert Prieß ist als Nachwächter der Gemeinde Steglitz gewählt, bestätigt und vereidigt worden.

Wichtiges.

Zu den Wahlen.

Selten wohl ist eine Wahlkampagne so spät und so lässig begonnen worden, wie die zu den bevorstehenden Landtagswahlen. In kaum vier Wochen sollen die Wahlmänner bereits ihre Aufträge empfangen haben, und eben erst sind die Aufrufe und Programme von den Vorständen der großen Parteien erlassen worden. Diesen Schriftstücken merkte man es an, daß sie nur um deswillen in die Welt gesetzt wurden, weil es nun einmal so Brauch und Sitte ist, aber Neues oder sonderlich Anregendes wird schwerlich ein Wähler aus denselben entnehmen haben. Auch der Wahlauftrag der Konservativen ist davon nicht auszunehmen, denn daß „von der nächsten Zukunft“ nichts anderes zu sagen ist, als daß „es sich darum handelt, die in der verflochtenen Legislaturperiode geschaffenen großen Organisationsgesetze sich einleben zu lassen,“ mag ja durchaus richtig und zutreffend sein, aber es klingt so matt und geschäftsmäßig, daß der Wähler daraus sicher keine Veranlassung herleiten wird, sich für die kommenden Wahlen überhaupt zu schauffiren. Das über die „Mittelklassen“ Gesagte ist ebenfalls ganz am Platze; indessen lautet es wenig ermutigend, wenn es zum Schluß heißt: „Diese Mittelklassen, wesentliche Stützen des Staates und der Monarchie, der Bauernstand und der Handwerkerstand, sind in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet. In diesem Sinne werden wir eine besonnene Fortentwicklung unserer Verhältnisse anstreben.“ — Zweifellos hat der oder haben die geschätzten Verfasser des Altentstüdes das Gegentheil sagen wollen, denn daß die Konservativen die „besonnene Fortentwicklung“ der „gefährdeten Existenz“ des Handwerker- und Bauernstandes anstreben sollten, verbietet sich von selber. Wir deuten auch nur um deswillen auf diese wenig präcise Fassung der citirten Sätze hin, um darzutun, wie selbst aus solchen Verbindungen die Laubheit und Lässigkeit, mit der diesmal die Vorbereitungen zur Wahl betrieben werden, hervorgeht.

Der „Hamburgische Korrespondent“, der sich in einer seiner letzten Nummern mit dem „Stoßen der Wahlbewegung in Preußen“ befaßte, bemerkte über dieses Kapitel unserer Meinung nach sehr richtig auch Folgendes:

„Daß in Preußen die Wahlbewegung noch keine lebhaftere ist, unterliegt keinem Zweifel. Die linksliberale Presse schiebt diese Erscheinung dem preussischen Wahlsystem in die Schuhe. Aber sie übersieht, daß, wenn dieses vielen Wählern weniger Recht verleiht als das Reichswahlrecht, umgekehrt die Wohlhabenden und der Mittelstand ein weitergehendes Wahlrecht genießen, als im Reich. Wenn auch nicht durchweg und nicht überall in gleichem Maße, so trifft dasselbe doch im Allgemeinen auch für die gebildete Minderheit zu, die Verhältnisse für Fragen der Kultur und der Freiheit besitzt, wie sie sich gerade an die Ausgestaltung der Landesgesetzgebung knüpfen und wie sie auch in der letzten Legislaturperiode des preussischen Landtages eine große Rolle gespielt haben. Wenn man annimmt, daß die breiten Schichten der Bevölkerung an den preussischen Wahlen geringeren Antheil nehmen als an den Reichstagswahlen, so müßte daher umgekehrt bei den Wohlhabenderen und Gebildeteren auf ein um so größeres Interesse nach der anderen Seite hin geschlossen werden. In Wahrheit wird in der freisinnigen Presse die angebliche Wirkung des Wahlsystems wohl hauptsächlich zu dem Zwecke besonders hervorgehoben, um für die anscheinend geringen Wahlausichten der Linksliberalen eine plausible Erklärung zu haben. Die Ursachen des Mangels an Lebendigkeit in der preussischen Wahlbewegung liegen wohl auf einem anderen Gebiete. Zunächst dauert die Rückwirkung gegen die starke politische Bewegung des Sommers noch an. Der Deutsche ist in diesem Sommer zu einem guten Theil um die übliche politische Ruhe gekommen. Die Entscheidung im Reichstage, die der langen Zeit des Zweifels und der Aufregung ein Ende machte, fiel erst in die Mitte des Juli. Der Steuerfeldzug im Reich und der Zollkrieg mit Rußland schoben

den Eintritt der politischen Windstille noch geraume Zeit weiter hinaus. Das politische Ruhebedürfnis des Deutschen ist daher noch nicht befriedigt. Dazu kommt, daß sich im preussischen Abgeordnetenhaus, abgesehen von einigen Ausnahmen, die politischen Gegensätze nicht entfernt mit der Schärfe geltend gemacht haben, als im Reichstage.“

Besser aber, als durch alle theoretischen Auseinandersetzungen wird die ganze Wahllosigkeit durch den Umstand illustriert, daß unter den 350 000 eingetragenen Urwählern Berlins nur 738 Personen sich dazu bequem haben, durch den Augenschein davon Kenntniß zu nehmen, ob ihre Namen an der richtigen Stelle sich vorfinden. Eine ähnliche Gleichgültigkeit ist wohl seit langen Jahren nicht zu verzeichnen gewesen. Sie beweist übrigens auch nebenbei, daß die Sozialdemokraten thatsächlich entschlossen sind, bei den Landtagswahlen zu streiken, weil gerade für sie die meiste Veranlassung vorliegt, etwaige Mängel und Fehler der Wählerlisten berichtigten zu lassen, und die Erfahrung bisher auch gezeigt hat, daß sie am zahlreichsten und eifrigsten dem Studium dieser Listen sich widmen.

Als Symptom für die politische Lage aufgefacht, würde die Wahllosigkeit in letzter Linie auf einen im Ganzen und Großen ziemlich unveränderten Stand der Dinge und somit auf eine von dem Bestande des früheren Hauses nicht erheblich abweichende Zusammensetzung der neuen Kammer schließen lassen. Insofern wäre die in Rede stehende Erscheinung keineswegs als eine bedauerliche zu betrachten.

Bundschau.

* Unser Kaiser erleidet auch während seines gegenwärtigen Jagdaufenthaltes in Rominten täglich in gewohnter Weise die laufenden Regierungsgeschäfte, arbeitet zu bestimmten Zeiten mit den Kabinettschefs und nimmt Vorträge entgegen. Das Befinden Sr. Majestät ist das allerbeste.

Die Kabinetts-Ordre, durch welche Professor Schwemmer beauftragt wurde, über den Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck an den Kaiser zu berichten, trägt das Datum des 21. April 1890 und hat folgenden Wortlaut:

„Nicht nur das deutsche Volk, sondern alle Nationen der kultivirten Welt nehmen lebendigen Antheil an der Gesundheit und dem Wohlergehen des Fürsten von Bismarck, Herzogs von Lauenburg. Mir persönlich liegt es besonders am Herzen, den Mann mit Gottes Hilfe möglichst lange erhalten zu sehen, der sich so unermeßliche Verdienste um das Vaterland und mein Haus erworben hat. Ich weiß, daß Sie mit ebenjoviel Hingebung und Treue, wie Geschick und Erfolg seit einer Reihe von Jahren den Fürsten ärztlich behandelt und auch in kritischen Momenten den Gesundheitszustand desselben zu erhalten und zu befestigen gewußt haben. Es ist daher mein Wunsch, daß Sie auch fernerhin die ärztliche Behandlung des Fürsten leiten und, soweit erforderlich, selbst ausüben. Indem ich Sie mit diesem Auftrage betraue, will ich von Zeit zu Zeit Ihrem Berichte über das Befinden des Fürsten entgegensehen.“

Gegenüber den sehr trübe lautenden Nachrichten über das Befinden des Fürsten Bismarck welche in den letzten Tagen durch die Presse gingen, hat Herr Dr. Chrystander auf private Anfragen den Bescheid erteilt, daß diese Mittheilungen durchaus unbegründet seien und die Besserung im Gesundheitszustande des Fürsten zusehends fortschreite.

Das Antislaverei-Komitee hat folgendes Telegramm des Majors von Wisman erhalten: Bin am Tanganyikasee eingetroffen. Wurde am siebenten Juli am Kalambo von 5000 Wavemba unter Kimituru auf ihrem alljährlichen Banbanga auf deutsches Gebiet angegriffen. Feind vollständig geschlagen, gegen hundert geraubte Sklaven befreit.

Die Sitzungen der Bevollmächtigten für die deutsch-russischen Zollverhandlungen finden in einem Konferenzsaale des Auswärtigen Amtes in der Regel Nachmittags statt. In der ersten Sitzung am letzten Mittwoch wurde zunächst in die Verabreichung der deutschen Tarifwünsche eingetreten. Im Interesse eines leichteren Fortganges der Verhandlungen kam man überein, die eigentlich zolltechnischen Fragen einer Subkommission zu überweisen. Es dürfte die Praxis befolgt werden, daß an einem Tage immer

nur eine Delegirten- oder eine Subkommissions-sitzung stattfinden.

Zur Besetzung der Sekonde-Lieutenantsstellen bei den Ersatztruppen, den Landwehr-Infanterie-Bataillonen, den Garnison-Bataillonen und Landsturm-Formationen können dienstfähige aktive Unteroffiziere, die nicht mehr dienstpflichtig sind und sich zum Wiedereintritt für den Fall einer Mobilmachung bereit erklären, angenommen werden. Solche Unteroffiziere, die zur Verwendung als Feldwebel-Lieutenants im Mobilmachungsfalle 1894/95 — vom 1. April 1894 bis dahin 1895 — bereit sind, müssen sich unter Einreichung ihrer Personalpapiere bei dem betreffenden Bezirkskommando oder Bezirksfeldwebel melden. Sie werden bei ihrem Dienstantritt zu Vizelfeldwebel oder Vizewachmeister der Landwehr, falls sie nicht bereits früher in solcher Stellung waren, ernannt und erhalten die Gehaltsklasse eines Sekonde-Lieutenants, ausgenommen den Wohnungsgeld-Zuschuß, ebenso Bekleidung und Ausrüstung. Haben sie ihre dienstliche Brauchbarkeit dargethan, so können sie drei Monate nach erfolgtem Dienstantritt ohne vorhergegangene Wahl des Offizierkorps dem Kaiser durch die Gefuchtslisten zur Ernennung zum Feldwebel-Lieutenant vorgeschlagen werden. Die Feldwebel-Lieutenants gehören zu den Landwehr-Offizieren, und zwar zur Hauptklasse der Subaltern-Offiziere im Range der Sekonde-Lieutenants. Sie erhalten die Offizier-Pension nebst Pensionszulage, wenn sie als Feldwebel-Lieutenant eine die Invalidität bedingende Verwundung oder Dienstbeschädigung erleiden, und auch die Bewilligung für die Hinterbliebenen regeln sich nach den Bestimmungen des Militärpensionsgesetzes.

In der österreichischen Monarchie ist am Dienstag der Wortlaut des schon längst vorher mit allen möglichen reklamirten Anfechtungen vorher angezeigten „Manifestes“ der jungtschechischen Abgeordneten zur Verdingung gelangt. Die Wiener Blätter theilen das Schriftstück nur im Auszuge mit, da dasselbe eine so unerhörte provokierende Sprache führt, daß eine unverkürzte Mittheilung schon durch die Rücksicht auf das Strafgesetzbuch sich verbietet. Das Schriftstück hebt mit der Behauptung an, daß tschechische Volk sei gewohnt, sich in seinen staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechten verkürzt zu sehen, und zieht sodann in maßloser Weise gegen die Ausgleichspuntationen und gegen das bezügliche Vorgehen der Regierung los. — In Prag ist das „Manifest“ von der Staatsanwaltschaft mit Beschlage belegt worden, so daß dessen Versendung unter Kouverte ebenfalls verboten erscheint. — Das „Wiener Tageblatt“, welches den Wortlaut mittheilte, ist sofort korrigirt worden.

Mit der Ruhe im belgischen Streitgebiete scheint es nun auch zu Ende zu sein. Eine aus Charleroi, 5. Oktober, datirte Depesche meldet nämlich: Eine Schaar von 400 Streikenden beschädigte die Eisenbahn bei Ranfant. Die einschreitende Gendarmerie wurde mit Steinwürfen empfangen, gab Feuer und zerstreute die Streikenden. Neun Personen wurden verhaftet. Mehrere Häuser Streikender durchsuchten die Gegend. Diese Nachricht ist um so auffällender als nach dem kurz zuvor eingetroffenen Depeschen, der Zustand im Nachlassen begriffen zu sein schien und von allen Seiten ausdrücklich versichert wurde, daß die Ruhe nirgendwo gestört sei.

Je näher der Zeitpunkt des Besuchs der russischen Flotte in Toulon heranrückt, desto mehr sehen sich die Franzosen genöthigt, ihren Enthusiasmus herabzustimmen. Nicht allein, daß die offizielle Welt auf beiden Seiten sich immer mehr von den geplanten großartigen Festen zurückzieht, nein die Feste selber werden auf ein stets engeres Maß beschränkt, und kein Programmpunkt in denselben darf endgültig festgestellt werden, ohne daß der russische Botschafter in Paris seine ausdrückliche Zustimmung dazu erteilt hat. Und alles das lassen sich unsere liebenswürdigen Nachbarn hinter den Bogen fallen, bloß um eine verunglückte Demonstration gegen Deutschland in Szene zu setzen! Weiter hat die ganze Russenfreude keinen Zweck. — Unter solchen Umständen liefern die Sammlungen, welche zur Bestreitung der sehr bedeutenden Kosten — russischen Durst zu stillen, ist nicht billig — allenthalben eingeleitet waren, recht mäßige Erträge. Deshalb wird die Staatskassa mit 300 000 Francs einspringen, von welchen